

|            |   |       |
|------------|---|-------|
| 1.1.       | <p>CDU und SPD verlieren Wähler und / oder Mitglieder; die SPD jedoch stärker. Die CDU reagiert mit Schadenfreude darauf, statt ihr eigenes Schrumpfen zu problematisieren.<br/>                 Politisches Problem: Sinkende Bedeutung der Volksparteien CDU und SPD. Unangemessener Umgang der Parteien mit diesem Problem.</p>  | 5 P.  |
| 1.2.       | <p>Partei mit dem Anspruch, die Interessen des gesamten Volkes zu vertreten und dadurch für alle wählbar zu sein. Dies gilt nicht nur für CDU und SPD.<br/>                 Diskussion: Die sinkende Bedeutung von CDU / CSU und SPD ändert an diesem Anspruch nichts. Es wird immer Bürger geben, die sich nicht vertreten sehen und andere Parteien (oder gar nicht) wählen. Wenn eine Partei sehr wenig Stimmen bekommt, blamiert sich ihr Anspruch, Volkspartei zu sein, an der Realität. So weit ist es bei CDU / CSU und SPD nicht gekommen.</p>  | 4 P.  |
| 1.3.       | <p>1. Beteiligung an Wahlen.<br/>                 2. Werben für die eigenen Ziele in der Öffentlichkeit: Programme.<br/>                 3. Konkurrenz um die politische Macht in Parlamenten und Regierungen.</p>  | 5 P.  |
| 2.1.       | <p>Vertrauen der Bürger in die Kompetenz von Parteien, da sie durch die Komplexität politischer Entscheidungen überfordert sind. Dabei ist zu unterscheiden zwischen<br/>                 1. Vertrauen in das Verfahren der Wahl (Z. 6–7);<br/>                 2. Vertrauen in Parteien oder Personen auf Grundlage der eigenen Weltanschauung (Z. 18–19);<br/>                 3. Vertrauen in Experten (Z. 24–25).<br/>                 Krise: <i>Zu 1:</i> Wahlverfahren werden nicht mehr als ausreichende Partizipation akzeptiert (Z. 13–17). <i>Zu 2:</i> Mit der Auflösung traditioneller Weltanschauungen verschwindet die Gewissheit, wer falsch und wer richtig handelt (Z. 21–23). <i>Zu 3:</i> Experten haben ihre Autorität verloren (Z. 30–36).</p> | 6 P.  |
| 2.2.       | <p>1. Entfremdung zwischen Bevölkerung und politischen Amtsträgern; wird gespeist z. B. durch praxisferne Regelungen oder Kompromisse, die nicht tragfähig sind (Kap. 5).<br/>                 2. Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen: Parteien und Regierungen wird keine angemessenen Lösungen zugetraut. (Kap. 5)<br/>                 3. Vorwurf eines generellen Staatsversagens, z. B. angesichts der Flüchtlingskrise. (Kap. 5)</p>   | 4 P.  |
| 2.3.       | <p>Der Bürger als der eigentliche Souverän (Titel des Textes!) überträgt seine Macht für einen festgelegten Zeitraum auf gewählte Vertreter (Abgeordnete): Grundsatz der repräsentativen Demokratie.<br/>                 Die Abgeordneten sind organisiert in Parteien. Das Wahlergebnis der Parteien entscheidet darüber, wer regiert (ggf. in einer Koalition mehrerer Parteien). Die Wahlverlierer werden Opposition. Sie kontrollieren und kritisieren die Regierung mit dem Ziel, die nächsten Wahlen zu gewinnen und an die Stelle der jetzigen Regierung zu treten. (Funktionentrennung)</p>  | 4 P.  |
| 2.4.       | <p><i>Pro:</i> Korrektur staatlicher Entscheidungen sowie Initiativen zu vernachlässigten politischen Problemen (unabhängig von Wahlterminen). Zwingt die Politik zu bürgernahen Entscheidungen.<br/> <i>Kontra:</i> Gefahr der Blockade notwendiger Beschlüsse. Populismus auf dem Umweg über Volksabstimmungen. Wecken falscher Hoffnungen.<br/>                 Im Falle der Einführung ist zu entscheiden: Wer kann Volksabstimmungen initiieren? Auf welchen politischen Ebenen? Zu welchen Themen? Mit welchen Regelungen (z. B. zur Wahlbeteiligung)?</p>  | 4 P.  |
| 2.5.       | <p>1. Mitgliedschaft und Mitarbeit in Verbänden oder NGOs; Einfluss auf politische Entscheidungen über den Verband: Lobbyismus, Öffentlichkeitsarbeit, Demonstrationen.<br/>                 2. Bürgerinitiative: Ein-Punkt-Organisationen, die v. a. auf kommunaler oder Landes-Ebene politische Entscheidungen beeinflussen (initiieren oder verhindern) wollen: Öffentlichkeitsarbeit, Demonstrationen, Klagen.<br/>                 3. Mitgliedschaft in Parteien, Übernahme politischer Ämter (Parteiämter, öffentliche Ämter).<br/>                 4. Petitionen (Bittschriften, Eingaben).</p>  | 3 P.  |
| 2.6.       | <p>Auf kommunaler Ebene sind Bürgerinitiativen vergleichsweise erfolgreich, indem sie Themen in die Öffentlichkeit bringen. – Verbände haben v. a. in der Bundespolitik (und in der EU: Kap. 7) Einfluss. Jedoch sind nicht alle Verbände gleich einflussreich und alle Interessen gleichermaßen in Verbänden organisiert: Übergewicht wirtschaftlicher Interessenverbände (Branchenverbände; Arbeitgeber, Gewerkschaften). – Mitgliedschaft in Parteien wird nur von wenigen als politischer Weg gesehen; die Übereinstimmung mit den Parteizielen ist vorausgesetzt. Der Einfluss kann groß sein, hängt aber von den Wahlergebnissen der betr. Partei ab. – Petitionen sind ohne politische Bedeutung über den Einzelfall hinaus.</p>                             | 5 P.  |
| Erreichbar |   | 40 P. |